

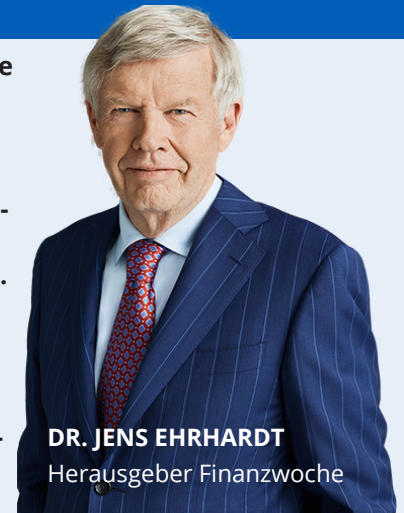
FINANZWOCHEN

INTERNATIONALE KONJUNKTUR- UND MARKTANALYSE SEIT 1974

KOMPAKT

ALLGEMEINER MARKTKOMMENTAR

- **Markttechnische Kaufsignale erwiesen sich als richtig, aber wie ab Mitte Juni dürfte noch keine Tendenzwende nach oben bevorstehen.**
- **Kurzfristig positiv die höchste Barrate der internationalen Investment-Fonds bei 6,3% – 21-Jahres-Hoch! Die Entwicklung der US-Geldmenge M1 und die neuen Tiefstkurse bei Anleihen (britische 30-jährige Staatsanleihe 59% (!) gefallen, was Konkursbefürchtungen bei britischen Pensionskassen auslöste) verhindern aber eine Hausse (erst für 2023 realistisch).**
- **Geopolitik könnte die Märkte bald neu belasten. Attacke auf Krim-Brücke dürfte neue Eskalation auslösen.**
- **Dollar und Gold könnten als sichere Häfen verstärkt gekauft werden.**
- **Hypothekenzins in den USA bereits auf ca. 7% gestiegen. Federal Funds-Zinssätze am Terminmarkt bereits 5%. Sätze wie in der Finanzkrise, was globale Immobilienbaisse auslöst.**

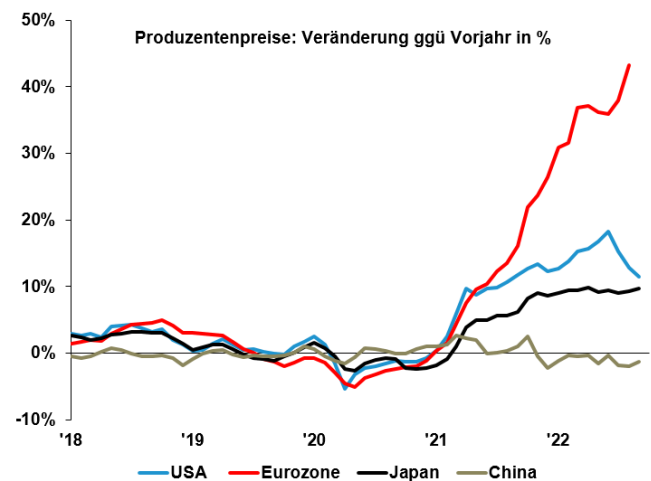


DR. JENS EHRHARDT
Herausgeber Finanzwoche

Die Steuerung der Weltkonjunktur (und damit der Weltbörsen) liegt heute weitestgehend in der Hand der US-Zentralbank. Das war nicht immer so. Als Europa noch ein wichtiger Konjunkturfaktor war und sich die Federal Reserve mit Karl Otto Pöhl von der Deutschen Bundesbank abstimmen musste, wenn sie an eine Zinsänderung dachte, war dies noch anders. Seit dem Ersten Weltkrieg hat die Bedeutung Europas als Wirtschaftseinflussfaktor bis heute wegen widerstreitender Interessen ständig abgenommen. Nachdem Deutschland 1908 Großbritannien als führende Wirtschaftsmacht bei der Industrieproduktion überholt hatte, dauerte es sechs Jahre, bis Großbritannien Deutschland den Krieg erklärte. Nach dem Wiederaufstieg Europas nach dem Zweiten Weltkrieg, angeführt vom deutschen Wirtschaftswunder, drang Frankreich darauf, dass Deutschland seine eigene Währung abschafft, die nicht nur Deutschland, sondern auch Europa dank einer ausgezeichneten Arbeit der Deutschen Bundesbank die Kombination von starkem Wirtschaftswachstum einerseits und andererseits Stabilität bei der Inflation gebracht hatte. Nachdem durch den Brexit auch Großbritannien sich mit Europa auseinanderdividiert hat, ist Europa zu einem hoch inflationären (weltweit höchste Inflationsraten) Schwachwirtschaftsgebiet abgesunken. Deutschland ist als frühere Wachstumslokomotive Europas dank der "grünen" Politik (hier wurde seit Jahren davor gewarnt) zu einer zunehmend kranken, infla-

tionären Zone abgesunken. Damit sind die Aussichten für Europa in Sachen Wirtschaft (und Börse) auf lange Sicht schlecht, ohne dass eine politische Veränderung in Sicht wäre, die diesen unheilvollen Trend abwenden könnte.

Internationale Produzentenpreise: Europa verliert an Wettbewerbsfähigkeit.



Quelle: Eigene Darstellung

Stand 18.10.2022

Das Wirtschaftsmodell Europas und besonders Deutschlands ist, Stärke im Export zu entwickeln. Das geht nur, wenn man wettbewerbsfähig wird, wie dies mit der Agenda 2010 angestrebt wurde. Wenn man

aber dank grüner Politik die höchsten Energiekosten der Welt hat, die zur höchsten Kostenbelastung international geführt haben (siehe Graphik), kann dies nur zu Rezession (oder Schlimmerem) und im internationalen Vergleich hohen Inflationsraten führen. Zuletzt hatte Deutschland eine Produktionskostensteigerung von über 48% gegenüber Null % in China und 8,5% in den USA. Während sich China auf preisgünstige russische Energieimporte verlassen kann (von denen Deutschland früher selbst über alle Kalte Krieg-Zeiten hinweg profitieren konnte), treibt Deutschland mit seinen Energiekäufen jetzt international die Preise nach oben und muss umweltschädliches und teures amerikanisches Fracking-Gas importieren. Dies fehlt armen Ländern, wie Bangladesh und Pakistan, wo schon der Schulbetrieb deshalb teilweise wegen Energiemangel eingestellt werden musste. 144 volle LNG-Schiffe sind für einen Wintermonat in Deutschland notwendig oder 58 LNG-Schiffe, um Nord Stream 1 zu kompensieren!

Da die USA wie alle Länder immer Eigeninteressen im Auge haben, ist es auch keineswegs sicher, ob bei zu stark steigenden US-Erdgaspreisen und sich abzeichnenden Förderkapazitäten bei Fracking-Gas überhaupt langfristige Liefersicherheit besteht. Eigentlich wollten die Grünen weg vom Erdgas und anderen fossilen Energien, aber jetzt haben sie mit den Amerikanern 20-Jahres-Verträge für die Lieferung des umweltschädlichen, teuren US-Fracking-Gases abgeschlossen. Überhaupt ist die Abkehr Deutschlands von russischer Energie bei Gas und Öl (letzterem ab Dezember bzw. Februar) nicht nur teuer, sondern auch umweltschädlich durch das Wiederanwerfen der deutschen Kohlekraftwerke, die jeweils etwa 1 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr pro Kraftwerk ausstoßen (alle pro Jahr 150 Mio. Tonnen). Auch wenn man kein besonderer Freund von Atomenergie ist, muss man festhalten, dass ein Weiterbetrieb der drei deutschen Atomkraftwerke nicht nur den immer wahrscheinlicher werdenden Blackout bzw. Stromausfall im kommenden Winter verhindert, sondern auch wesentlich umweltfreundlicher und vor allen Dingen preiswerter ist. Der längere Weiterbetrieb der Atomkraftwerke wäre wesentlich preiswerter als die Neuinstallation von nachhaltigen oder fossilen Energien (neue AKWs wären aber teurer).

IMPRESSUM UND RECHTLICHE HINWEISE

Die FINANZWOCHE erscheint bei der FINANZWOCHE Verlags-Gesellschaft für Anlageinformation mbH. Anschrift: Georgenstr. 1, D-82049 Pullach, Tel. 089/5203770, Internet: www.finanzwoche.de, E-Mail: info@finanzwoche.de. Geschäftsführer: Dr. Jens Ehrhardt. Erscheinungsweise: 14-tägig (unter Vorbehalt des Verlags).

Der Inhalt (incl. aller Zahlenangaben) ist ohne Gewähr. Der Verlag unterwirft sich den Journalistischen Verhaltensgrundsätzen und Empfehlungen des Deutschen Presserates zur Wirtschafts- und Finanzmarktberichterstattung (beschlossen am 02.03.2006).

Die in der FINANZWOCHE enthaltenen Informationen und Angaben stellen keine Anlage-, Rechts-, Steuer- oder sonstige Beratung dar und sind nicht als Grundlage für Anlageentscheidungen oder sonstige Entscheidungen zu verstehen. Sie sollten, bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, geeigneten und fachkundigen Rat einholen. Alle Informationen beruhen auf Quellen, die die Redaktion als zuverlässig erachtet. Eine Garantie für die Richtigkeit kann nicht übernommen werden. Sie dienen lediglich der Information und begründen kein Haftungsobligo. Eine Haftung für Vermögensschäden, die auf eigenen Anlageentscheidungen unter einer eventuellen Bezugnahme auf den in der Finanzwoche enthaltenen Informationen beruht, ist ausgeschlossen.

Jedes Finanzinstrument ist mit Risiken behaftet, so dass im schlimmsten Fall ein Totalverlust drohen kann. Die Depotpositionen sollten deshalb so gewählt werden, dass bei einem möglichen Totalverlust das Gesamtdepot nur marginal an Wert verliert.

Kein Teil der FINANZWOCHE darf (auch nicht auszugsweise) ohne unsere ausdrückliche vorherige schriftliche Zustimmung reproduziert werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder genutzte Kopie verpflichtet zur Gebührenzahlung an den Verlag. Erfüllungsort und Gerichtsstand: München. Druck: Im Hause.

Online-Bezugspreis: 120,00 € (Quartal), 210,00 € (Halbjahr) und 390,00 € (Jahr). Printausgabe auf Anfrage. Bankverbindungen: Postbank München (IBAN DE51 7001 008000 41035803, BIC PBNKDEFF). Zahlungen für den laufenden Bezug sind im voraus fällig. Kündigungsfrist: 6 Wochen zum Ende des vereinbarten Bezugszeitraums. Abonnement-Vorauszahlungen können nicht erstattet werden.